



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss Bühnen der Stadt
Köln**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 17.08.2015

Niederschrift

über die **2. Sondersitzung des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 11.08.2015, 16:45 Uhr bis 19:01 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Herr Andreas Pöttgen	SPD	
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD	
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	in Vertretung für Frau Welcker
Frau Karin Reinhardt	CDU	
Herr Thomas Welter	CDU	
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Peter Sörries	GRÜNE	
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE	
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Andreas Henseler	Freie Wähler Köln
Herr Prof. Hans-Georg Bögner	SPD
Frau Anke Brunn	SPD
Herr Manfred Post	SPD
Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper	CDU
Frau Freifrau Jeane von Oppenheim	CDU

Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Sebastian Tautkus	DIE LINKE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Herr Ludwig von Rautenstrauch	
Herr Dr. Ulrich Krings	Für die Denkmalpflege sachkundiger Bürger
Frau Dr. Heike Otto	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Behindertenvertretung in Vertretung für Frau Palm
Herr Turan Özkücük	Integrationsrat
Herr Dr. Manfred Wegner	Seniorenvertretung

Verwaltung

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dezernat Kunst und Kultur
Beigeordneter Franz-Josef Höing	Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Stefan Bachmann	Schauspiel Köln
Herr Andreas Fischer	Bühnen der Stadt Köln
Frau Dr. Birgit Meyer	Oper Köln
Herr Patrick Wasserbauer	Bühnen der Stadt Köln

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat Kunst und Kultur
------------------	---------------------------

Gäste

Herr Turadj Zarinfar	Projektsteuerung
----------------------	------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Katharina Welcker	CDU
------------------------	-----

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Traeder	AfD
Frau Judith Wolter	pro Köln
Herr Marco Malavasi	SPD
Frau Ute Palm	Behindertenvertretung
Herr Jochen Saurenbach	Stadt AG SLT

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht darauf aufmerksam, dass aufgrund der Kürze der erforderlichen Vorbereitungszeit zwischen dem Hauptausschuss am 03.08.2015 und der heutigen Sondersitzung einige Unterlagen als Tischvorlagen vorliegen, die jedoch vorab per E-Mail an die Ausschussmitglieder zur Verfügung gestellt worden seien. Sie macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

zu TOP 1.1 die im -mit Datum vom 04.08.2015- versandten Umdruck fehlenden Anlagen 2, 3 und 4

zu TOP 1.3 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Die Prioritäten der Kölner Kulturdezernentin Susanne Laugwitz-Aulbach“

TOP 1.4 Beantwortung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 03.08.2015 und Beantwortung der Fragen von SPD, CDU, GRÜNE und FDP zur Absage der Eröffnung der Bühnen Köln am 07.11.2015“

TOP 1.5 Beschlussvorlage „Weiteres Vorgehen Sanierung Bühnen Köln“

TOP 1.6 Sanierung der Bühnen Köln am Offenbachplatz
Abschluss eines Mietvertrags für die Interimsspielstätte der Oper (Spielzeit 2015/16)“

TOP 1.7 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend „Verzögerungen Opernbau“

TOP 1.8 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Sanierung Oper / Schauspielhaus"

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 1,2, 1.3 und 1.4 gemeinsam zu behandeln, da es hier um die Rückschau in der Angelegenheit gehe und die übrigen Punkte sich eher mit der Perspektive beschäftigen.

Herr Deutsch regt an, die Tagesordnungspunkte 1.1 und 1.6 ebenfalls zusammen zu diskutieren.

Der Ausschuss ist damit einverstanden und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz

1.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Oper im Staatenhaus - Kosten und alternative Lösungen"
AN/1080/2015

1.2 Sanierung Bühnen Köln
2204/2015

1.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Die Prioritäten der Kölner Kulturdezernentin Susanne Laugwitz-Aulbach"
AN/1090/2015

Beantwortung der Verwaltung
2333/2015

- 1.4 Beantwortung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 03.08.2015 und Beantwortung der Fragen von SPD, CDU, GRÜNE und FDP zur Absage der Eröffnung der Bühnen Köln am 07.11.2015
2328/2015
- 1.5 Weiteres Vorgehen Sanierung Bühnen Köln
2326/2015
- 1.6 Sanierung der Bühnen Köln am Offenbachplatz
Abschluss eines Mietvertrags für die Interimsspielstätte der Oper (Spielzeit 2015/16)
Verlängerung des Interims bis 31.08.2016
2321/2015
- 1.7 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Verzögerungen Opernbau"
AN/1121/2015
- 1.8 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Sanierung Oper / Schauspielhaus"
AN/1125/2015

I. Öffentlicher Teil

- 1 Sanierung der Bühnen am Offenbachplatz**
- 1.1 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Oper im Staatenhaus - Kosten und alternative Lösungen"
AN/1080/2015**
- 1.2 Sanierung Bühnen Köln
2204/2015**
- 1.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Die Prioritäten der Kölner Kulturdezernentin Susanne Laugwitz-Aulbach"
AN/1090/2015**
- Beantwortung der Verwaltung
2333/2015**
- 1.4 Beantwortung des Beschlusses des Hauptausschusses vom 03.08.2015 und Beantwortung der Fragen von SPD, CDU, GRÜNE und FDP zur Absage der Eröffnung der Bühnen Köln am 07.11.2015
2328/2015**

Herr Tautkus vertritt die Auffassung, dass die Politik mit ihrem jeweiligen Abstimmungsverhalten in der Mitverantwortung sei. Die Verwaltung habe auf die bestehenden Risiken hingewiesen worden, die seitens der Politik zur Kenntnis genommen worden seien. Verantwortung bedeute seines Erachtens auch, die eigenen Entscheidungen in den Ausschüssen und im Rat zu sehen. Er hält es zum jetzigen Zeitpunkt für das oberste Ziel, das Projekt voranzutreiben und aus den gemachten Fehlern zu lernen.

Herr Prof. Schäfer ist der Meinung, dass man die Fakten nicht verdrehen solle. Der Eröffnungstermin am 7.11.2015 sei auf der Grundlage von Informationen der Verwaltung, des Projektsteuerers und der Bühnen auf „Stopp“ gesetzt worden. Er hielt es für anmaßend, wenn die Politik an dem Eröffnungstermin festhalten würde. Die in den Ausschüssen gestellten Fragen, seien alles ernsthafte, zweifelnde und stets hoffnungsausdrückende Nachfragen gewesen. Er macht deutlich, dass die rote Ampel in den Berichten sich auf das ganze Gebäude beziehe. Deshalb habe es den Vorschlag gegeben, sich als Beschleunigungsversuch zunächst auf die Oper zu konzentrieren. Man musste davon ausgehen, dass der Umzug zum Offenbachplatz stattfinde. Schließlich habe der Bauherr dem Betriebsausschuss im Juni die entsprechenden Spielpläne vorgestellt. Nach alledem interessiert ihn in erster Linie, wieso dieser Prozess dieses vorläufige Ende genommen habe, wie die einzelnen Entscheidungsprozesse abgelaufen seien und wie die Verantwortungsstrukturen in der Sache aussehen. Jedoch müsse vor allen Dingen festgestellt werden, welchen Weg man nun ge-

hen wolle. Dazu gehöre unter anderem die Beratung des 11 Punkteplans und die Feststellung der Kosten, die noch auf die Stadt Köln zukommen.

RM Henseler entgegnet, dass die Mehrheitsfraktion des Rates, die SPD, ganz andere Möglichkeiten, auf die Verwaltung und ihr Handeln Einfluss zu nehmen könne. Immerhin stelle sie den Oberbürgermeister, den Stadtdirektor, eine Bürgermeisterin, die gleichzeitig Mitglied im Kulturausschuss sei, einen weiteren Bürgermeister, die Vorsitzende des Kulturausschusses, den Vorsitzenden des Unterausschusses Kulturbauten - und habe die amtierende Beigeordnete für Kunst und Kultur dem Rat zur Wahl vorgeschlagen. Aus diesem Grund habe die Mehrheitsfraktion seines Erachtens einen gewissen Status und trage die Verantwortung für diese Stadt.

Für ihn sei es wichtiger eine vernünftig organisierte Bauverwaltung auf die Beine zu stellen, als anhand von Diagrammen den Hauptverantwortlichen für die Sache zu suchen. Er unterstreicht, dass der Beigeordnete nicht überprüfen könne, ob beispielsweise in einer Kernbohrung ein Kabel liege oder nicht. Abschließend betont er, dass er die beiden vorliegenden Dringlichkeitsanträge inhaltlich begrüße.

Herr Deutsch erinnert an Momente in den nichtöffentlichen Teilen einiger Sitzungen des Betriebsausschusses Bühnen, in den man offen miteinander geredet habe und deutlich gemacht worden sei, dass die Risiken sehr hoch seien. Aus seiner Sicht bestehe das Problem nicht darin, dass der Termin nicht gehalten werde könne, sondern, dass dieser so spät aufgegeben worden sei. Davor habe er bereits gewarnt und dies schade dem Betrieb ungemein. Dies werfe nun die Frage auf, ob der Ablauf nicht deutlicher sichtbar gewesen sei. Er möchte deshalb wissen, zu welchem Zeitpunkt hätte man spätestens den Betrieb von Schauspiel und Oper als abnahme- und betriebsfähige Spielstätte übernehmen müssen, um sie mit einer Betriebserlaubnis zum 7.11.2015 bespielen zu können. Zudem fragt er, wie viel Zeit man benötige, um eine Abnahme einer funktionsfähigen Anlage durchzuführen und wann dieser Termin gewesen wäre, wenn der 7.11 als Eröffnungstermin gehalten worden wäre.

RM Zimmermann macht darauf aufmerksam, dass der gefasste Beschluss auf ein Bürgerbegehren zurückzuführen sei, dem sich der Rat damals mehrheitlich angeschlossen habe. Dieser gefällte Beschluss habe ständig mit der Verwaltungsvorlage in Konkurrenz gestanden, die den Neubau des Schauspiels vorgesehen habe. Aus seiner Sicht habe man sich unter einen Kosten- und Zeitdruck gesetzt, der eigentlich nicht notwendig gewesen sei. Zu den Kosten gibt er zu bedenken, dass die Steigerung des Baupreisindex in der Planung noch nicht berücksichtigt worden sei und sich deshalb noch in einem erträglichen Rahmen befinde. Die einzige Panne in der Sache sei, dass kein Interim mehr für die Oper zur Verfügung stehe. Bezüglich des Staatshauses merkt er an, dass es viele kritische Stimmen gegeben habe, die vor dem Erbpachtvertrag gewarnt haben. Es habe dort viele andere Projekte gegeben, die dort angesiedelt waren, wie beispielsweise die c/o pop und nun werde wieder deutlich, dass das Gebäude an vielen Enden fehlerhaft werde. Hier habe die Politik in seinen Augen eine falsche Entscheidung getroffen. Abschließend erinnert er daran, dass DU Diederichs bereits zu Beginn des Projektes gesagt habe, dass die Terminplanung sehr sportlich sei. Er verweist in diesem Zusammenhang auf den letzten Bericht von DU Diederichs von Februar 2015 hin, bevor die Fa. Zarinfar die Projektsteuerung übernommen habe. Daraus könne man schließen, dass die Prognosen von DU Diederichs zu unangenehm gewesen seien und man unbedingt den Eröffnungstermin halten wollte.

RM Dr. Elster vertritt die Meinung, dass das damalige Bürgerbegehren, welches seine Fraktion gemeinsam mit den Grünen maßgeblich unterstützt habe, überhaupt nichts mit den aktuellen Problemen bei den Bühnen zu tun habe. Es sei sowieso vorgesehen

gewesen das Opernhaus zu sanieren, welches den größten Teil des gesamten Gebäudekomplexes ausmache. Es habe damals ein Gutachten gegeben in dem deutlich gemacht worden sei, dass ein Kostenrahmen von 230 Mio. € für eine Sanierung der Bühnen ausreiche. Außerdem seien zehn Prozent dieser Summe als Puffer gewährt worden, welche erst im laufenden Verfahren freigegeben worden seien. Er kritisiert, dass dieser Puffer im Laufe des letzten Sommers aufgegeben und die Politik hierüber nicht zeitnah informiert worden sei. Erst im September sei in einem mündlichen Bericht die Verschiebung des Eröffnungstermins vom 30.06. auf den 7.11.2015 mitgeteilt worden. Dies und die dazugehörigen Zusammenhänge hätten gegenüber der Politik transparenter dargestellt werden müssen. Er vertritt die Auffassung, dass dies erst zu dem Problem geführt habe vor dem man nun stehe. Hierbei gehe es nicht darum, dass das Gesamtprojekt teurer werde, was bei einer Sanierung eines Baubestandes dieser Größenordnung durchaus auftreten könne. Dies gelte auch für Verzögerungen. Die Stadt Köln habe sich jedoch lächerlich gemacht, indem im Juni die Spielpläne von Oper und Schauspiel vorgestellt wurden und man im Juli mitgeteilt habe, dass gar keine Spielstätten vorhanden seien. Außerdem sei mitgeteilt worden, dass der neue Projektsteuerer im Mai beauftragt worden sei, die Projektplanung zu überarbeiten, weil angenommen worden sei, dass man mit der Zeit nicht hinkomme. Wenn dieses Risiko von der Betriebsleitung der Bühnen nicht bewertet worden ist, sei klar, dass die Sache vor die Wand gefahren werden würde, was letztendlich nun passiert sei. Deshalb müsse man in diesem Zusammenhang auch von einer Niederlage für die Stadt Köln sprechen.

RM von Bülow hebt hervor, dass es ihrer Fraktion hauptsächlich darum gehe, die Sanierung in einem angemessenen Kostenrahmen möglichst zeitnah fertig zu stellen. Ebenfalls wichtig sei die Aufklärung der Fragen, was nicht geklappt habe, der Verantwortlichkeiten und welche Konzepte es zukunftsweisend für das Interim gebe. Im Übrigen verweist sie auf die Protokolle des Betriebsausschusses Bühnen, denen man entnehmen könne, dass eine ganze Reihe Entscheidungen in der Sache getroffen worden seien. In diesem Zusammenhang erwähnt sie das Entschuldungskonzept und den Wirtschaftsplan der Bühnen, wo man in der letzten Sitzung noch von dem Eröffnungstermin 7.11. ausgegangen sei. Sie stimmt den Aussagen zu, dass man anhand der Monatsberichte nicht vertieft genug und ausreichend informiert worden sei. Dies betreffe unter anderem das Terminrisiko. In diesem Zusammenhang fragt sie, inwieweit den Bühnen dieses Terminrisiko bekannt gewesen sei. Bezüglich des Bürgerbegehrens und des damaligen Ratsbeschlusses weist sie auf eine Machbarkeitsstudie hin, welche als belastbare Grundlage gedient habe. Sie unterstreicht, dass der Unterausschuss Kulturbauten extra für das Controlling eingeführt worden sei. Sie weist den Vorwurf, dass die Politik keine Verantwortung übernehme zurück. Es habe stets Gespräche mit der Verwaltung gegeben, die auch über den Ausschuss hinausgegangen seien.

Beigeordneter Höing macht deutlich, dass die Politik der Verwaltung nie gesagt habe, der Eröffnungstermin müsse gehalten werden. Außerdem habe es stets kritische Fragen gegeben, denen man Rede und Antwort gestanden habe. Er unterstreicht, dass man die Reißleine gezogen hätte, wenn man zu einem bestimmten Zeitpunkt die Erkenntnis gehabt hätte, die am 17. Juli vorgelegen haben.

Der Technische Direktor der Bühnen Fischer erklärt zu den Fragen von Herrn Deutsch, dass man einen rückwärts laufenden Terminplan vom 07.11.2015 an für die notwendigen Probenzeiten für die Kunst und die Zeiten für die Einrichtung der Technik definiert habe. Hierbei sei man bei dem Eizugstermin zum 01.09.2015 gelandet. Seit Anfang des Jahres habe man ein Büro für das Inbetriebnahme-Management, welches sich um die Terminplanungen kümmere. Er macht deutlich, dass es einen Terminplan

zur baulichen Fertigstellung und den Termin für den Nutzungsbeginn gebe. Dazwischen befinde sich das Zeitfenster für Abnahmegenehmigungen. Mit Probenbeginn am 01.10.2015 hätte man die notwendigen Genehmigungen für die genutzten Bereiche vorliegen haben müssen. Dies sei im Monatsbericht mit einer roten Ampel dargestellt worden. Es gebe einen Maßnahmenkatalog über Dinge die fertig sein müssen oder können. Mit diesen Bausteinen, davon ist man ausgegangen, sei man gewappnet um auf Terminverschiebungen reagieren zu können. Dann habe man beispielsweise erfahren, dass der große Lastenaufzug erst zum 31.10.2015 betriebsbereit sein werde. Auch dafür habe man eine Lösung gefunden. Er stellt in diesem Zusammenhang dar, dass man täglich versucht habe auf entsprechende Informationen von der Baustelle zu reagieren. Dabei seien bereits viele Dinge eingeschränkt worden.

Herrn Deutsch interessiert es, wie weit man beim heutigen Stand der Baustelle von einer funktionierenden Brandschutztechnik entfernt sei. Und wie weit von dem, was die Bühnen für den 01.09./01.10. ff. eigentlich vorgehabt haben.

Projektsteuerer Zarinfar erläutert, dass die Firma, die für die Sprinkleranlage zuständig gewesen sei, eine vierzehntägige Leistungsverweigerung durchgeführt habe, um ihre Nachtragsforderungen durchzusetzen und in den Nachtragsgesprächen deutlich gemacht habe, dass die Sprinklerpumpe eine Lieferzeit von etwa 20 Wochen gehabt hätte. Beim Eintritt in die Abschlussverhandlungen Mitte Juni, hieß es plötzlich, dass die Lieferzeit nur noch 4 Wochen betrage und man mit erhöhter Mannschaftsstärke die Fertigstellung zu schaffen sei. Diese Art von Situationen habe man im Juni zu Hauf erlebt und deren Einschätzung sei sehr schwierig gewesen. Der aktuelle Sachstand hierzu sei, dass die technische Klärung abgeschlossen sei und die Sprinkleranlage könne zu Ende gebaut werden. Er macht auf die Situation aufmerksam, dass Sprinklerrohre und andere technische Anlagen miteinander kollidieren. Diese Kollision müsse zunächst gelöst werden, damit die Anlage funktioniere. Er könne jedoch nicht einschätzen, wie lange dies dauere.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister erkundigt sich nach der entsprechenden Zeitschiene.

Herr Zarinfar erklärt, dass dies ein Teil des 11-Punkteplans sei, den man mit den Planungsfirmen und bekannten Störungen in der Planung als Planungsliste zusammenstellen müsse. Zudem müsse ein Planungsteam zusammengestellt werden, welches aus dem Ingenieurbüro, zusätzlichen Haustechnikfirmen und der Bauleitung bestehe.

Herr Dr. Wackerhagen vertritt die Auffassung, dass man wissen müsse wer die Verantwortung trage und welche Fehler gemacht worden seien, um aus dem Schlamassel herauszukommen. Nach der Darstellung des Zeitplans fragt er sich wie man es zulassen konnte, dass die Intendanten in großer Überzeugung im Betriebsausschuss Bühnen ihre Spielpläne vorstellen. Er zitiert aus mehreren Zeitungsartikeln und fragt, wer von den Fachleuten der Beigeordneten garantiert habe, dass der Eröffnungstermin zu halten sei. Er unterstreicht, dass er in die jetzige Lenkungsgruppe kein Vertrauen mehr habe. Außerdem meint er, dass es für Projekte in dieser Größenordnung einen Plan B und C geben müsse. Er erinnert daran, dass die CDU-Fraktion und seine Fraktion immer wieder nach einem Plan B gefragt habe. Nun wolle man für ein Jahr das Staatenhaus anmieten, obwohl man nicht wisse, wie lange es mit der Fertigstellung in Wirklichkeit noch dauere. Im Übrigen erklärt er, dass man alle gestellten Fragen beantworten müsse, um das Vertrauen wieder herzustellen.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht deutlich, dass sie sich zu dem Thema Verantwortung mehrfach geäußert habe. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die Pressekonferenz, in der sie als Erste vor die Medien getreten sei und die schwierigen Nachrichten nach außen getragen habe. Im Hauptausschuss am 3.8 habe sie ganz klar gesagt, dass sie in der Gesamtverantwortung Verantwortung übernommen habe

und auch künftig übernehmen werde. Dies habe sie soeben im Unterausschuss Kulturbauten erneut betont. Die Äußerung bezüglich der Fachleute sei so zu verstehen, dass sie sich als Kulturdezernentin darauf verlassen müsse, was ihr die Fachleute letztendlich mitgeben. Bis zum 17. Juli habe es stets die Aussage der Baufachleute gegeben, dass die Einhaltung des Termins möglich sei und danach habe man sich gerichtet.

Herr Dr. Wackerhagen wirft ein, dass aus juristischer Sicht eine Garantieerklärung etwas völlig anderes wäre. Er möchte wissen, von welchen Fachleuten die Rede sei.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt, dass dies der Projektsteuerer sei. Sie unterstreicht, dass sie nie von einer Garantieerklärung gesprochen habe.

RM Dr. Elster bezieht sich auf die Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion betreffend der Dienstreise der Kulturdezernentin und fragt sich, ob man in dieser Situation nach Bayreuth fahren müsse. Er als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker habe extra seinen Urlaub unterbrochen, um vor Ort zu sein. Außerdem fragt er warum sie sich eine zweitägige Dienstreise überhaupt habe genehmigen lassen. Zu Punkt 3 merkt er an, dass dies Aufgabe der Opernintendantin sei und nicht die der Kulturdezernentin. Er möchte wissen, was in Bezug auf die Kölner Spielpläne bahnbrechendes in Bayreuth herausgekommen sei.

Ansonsten macht er deutlich, dass man mit dem Vertrauen, welches jetzt zurück gewonnen werden könne, bereits mit den Mitteilungen, die unter 1.2 und 1.4 vorgelegt worden seien, hätte begonnen werden müssen. Die Beantwortungen der gestellten Fragen seien aus seiner Sicht teilweise schlichtweg frech. Er erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass man im vergangenen Jahr monatelang keine Berichte vorgelegt bekommen habe und deshalb könne nicht von einer offensiven Berichterstattung die Rede sein. Er kritisiert außerdem, dass nicht alle Mitarbeiter angeschrieben worden seien, um sie über den Sachstand zu informieren. Er zeigt Unverständnis darüber, dass keinerlei Zwischenstände an die Politik herausgegeben worden seien. Im Übrigen reichen ihm die vorliegenden Antworten der Verwaltung nicht aus, um das Vertrauen zurückzugewinnen.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach betont, dass man versucht habe alles zu beantworten, was in der Kürze der Zeit möglich gewesen sei. Selbstverständlich werde man weitere Beantwortungen und Erklärungen vorlegen. Bezüglich ihrer Dienstreise erläutert sie, dass sie sich grundsätzlich jede Dienstreise genehmigen lasse. Sie führt weiter aus, dass es im 21. Jahrhundert möglich sei, seine Dienstgeschäfte nicht nur vom Schreibtisch aus zu regeln zu müssen. Nach dem Hauptausschuss habe sie alles getan, was zur Vorbereitung dieser Sondersitzungen nötig gewesen sei. Die Dienstreise habe sie zu einem Anlass unternommen der hundertprozentig zu ihrem Fachgebiet gehöre. Im Übrigen habe sie, nachdem sie am 17. Juli erfahren hat, dass der Eröffnungstermin nicht zu halten sei, ihren Sommerurlaub storniert. Dies sei für sie selbstverständlich und gehöre mit zur Verantwortung. Die Kritik an ihrer Dienstreise, bei deren Anlass es wichtig gewesen zu sei über das zu kommunizieren was in Köln geschehen sei und wie es nun weitergehe, könne sie nicht nachvollziehen.

RM Henseler hat den Eindruck, dass das Gefühl für die Kommunikation bei einem solchen Problem abhandengekommen sei. Seines Erachtens dürfe man sich nicht, wenn man Management- und Führungsaufgaben habe, dahinter verstecken was die Fachleute sagen, sondern müsse ein Gefühl dafür entwickeln, was auf der Baustelle passiert. Nach allem was man in den heutigen Sondersitzungen gehört habe, geht er davon aus, dass man das Staatenhaus länger als ein Jahr anmieten müsse, weil es nicht in einem Jahr zu schaffen sei, die Sanierung komplett durchzuführen.

Herr Prof. Schäfer stellt fest, dass man sich mit der Diskussion ein wenig im Kreis drehe, weil die Argumentationen sich wiederholen. Er merkt an, dass der 11-Punkteplan unbedingt benötigt werde und man sich eine verlässliche Zeitachse schaffen müsse. Offensichtlich sei bisher keine Art Logbuch geführt worden, wodurch man nachweisen könne, wie die unterschiedlichen Gewerke untereinander kooperieren.

RM von Bülow hofft, dass die noch ausstehenden Antworten der Verwaltung zur nächsten Betriebsausschusssitzung vorgelegt werden. Den 11-Punkteplan hält sie für nachvollziehbar und sinnvoll, möchte aber dennoch wissen, warum dies nicht schon die Grundlage sei, auf der alles laufe.

Herr Prof. Dr. Lemper führt aus, dass man sich seines Erachtens im Kreis drehe, weil ständig Fragen gestellt werden, die seitens der Verwaltung nicht beantwortet werden. Die Verwaltung stemme sich seit der Pressekonferenz dagegen Fakten zu nennen. Als Vertreter der Bürger sei die Politik dazu verpflichtet in der Sache ständig nachzufragen. Dazu gehöre die Frage zur Verantwortlichkeit, die immer noch nicht geklärt sei. Des Weiteren zitiert er aus dem Magazin der Oper Köln wo es unter anderem um das gemeinsame Erreichen des Ziels gehe. Er fragt sich in diesem Zusammenhang, warum man sich keine Alternative überlegt habe. Dieser entscheidende Punkt sei aus seiner Sicht immer noch nicht beantwortet.

RM Zimmermann weist darauf hin, dass in dem Beschluss von 2010 zum Zeitplan klipp und klar drinstehe, dass sich dieser an möglichst kurzen Interimszeiten für die Häuser orientiere. Die Umsetzung setze einen reibungslosen Planungs- und Bauablauf voraus und beinhalte keine Reserve für unvorhersehbare denkmalpflegerische Dinge. Mit diesem Beschluss habe man sich den Schlamassel auch ein wenig selber eingebrockt. Interessant sei in diesem Zusammenhang die Machbarkeitsstudie auf der die Verwaltungsvorlage aufgebaut sei und in der stehe, dass eine vorgezogene Teilinbetriebnahme der Häuser und ein weiterer Umbau im laufenden Spielbetrieb wurden innerhalb der Machbarkeitsstudie intensiv geprüft und ausgeschlossen. Er gebe der FDP und der CDU bezüglich der fehlenden Kommunikation recht, aber die Verantwortung für die Situation in der man geraten sei, müssen alle gemeinsam tragen.

Herr Sörries fragt, ob es denkbar sei, die Prioritäten insofern zu erweitern, dass man zunächst die Oper fertigstelle, schließlich gehe es auch um sehr viel Geld. Außerdem bittet er um eine genaue Gegenüberstellung des Staatenhauses und des blauen Zeltes. Er verstehe nicht, warum man für das 11-Punkteprogramm einen Beschluss benötige. Aus seiner Sicht handele es sich dabei um das ganz normale Controlling, welches von Beginn an laufen müsse oder ggf. erweitert werde, weil bestimmte Dinge nicht abgearbeitet worden seien.

Herr Dr. Wackerhagen möchte wissen, ob der Projektsteuerer im Juni tatsächlich zugesagt habe, dass der Termin noch zu halten sei.

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes macht darauf aufmerksam, dass mehrfach nach einem Plan B gefragt worden sei und erinnert dabei an die Aussage von der Operintendantin in der Märzszung, dass Plan B wegen der künstlerischen Planungen nicht funktionieren könne. Außerdem sei stets nach dem Termin der Fertigstellung gefragt worden und dieser sei immer wieder bestätigt worden, bis nun die Reißleine gezogen wurde. Sie zeigt sich sehr beunruhigt darüber, dass nun von der Firma Imtech kein Mitarbeiter mehr auf der Baustelle arbeite. Sie bittet den Projektsteuerer den Sachstand dazu näher zu erläutern. Sie ist ebenfalls der Auffassung, dass man an dem Interim Staatenhaus länger festhalten müsse als nur ein Jahr. Aus ihrer Sicht stelle sich die Frage, ob man nicht in einem intensiveren Rahmen, so lange diese Krise bestehe, damit rechnen könne, dass regelmäßig berichtet werde. In welcher Form dies

geschehe, überlasse sie der Vorsitzenden in Absprache mit den kulturpolitischen Sprechern.

Opernintendantin Dr. Meyer bestätigt, dass sie sehr oft nach dem Plan B gefragt worden sei. Hierzu habe sie stets gesagt, dass es erst einen Plan B gebe sobald ein neues Datum bekannt sei. Dies habe sie immer in einem Zusammenhang miteinander betrachtet. Sie unterstreicht, dass dies für die Oper schwer umzusetzen sei, weil es für die Interimszeit einen En-Suite-Spielbetrieb gegeben habe, um die angemieteten Spielorte ökonomisch zu nutzen. Für die Spielzeit 2015/16 habe es explizit, und mit einem zusätzlichen Budget verbunden, den Auftrag gegeben, dass es eine glanzvolle Spielzeit werden sollte. Deshalb habe sie den Spielbetrieb wieder auf das was er vorher gewesen sei, nämlich das Repertoire, umgestellt. Es sei nun extrem schwierig hierfür eine Alternative zu finden. Sie ist der Auffassung, dass man im Zuge des Baubeschlusses 2010 hätte Geld einstellen müssen, für den Zeitpunkt, wo 2015 alle Interismietverträge auslaufen. Sie erinnert daran, dass es damals Rücklagen und Pläne für das Staatenhaus gegeben habe, um dies als Spielort für Oper und Schauspiel zu etablieren. Dann wäre man unabhängig gewesen. Allerdings habe ihr Vorgänger für eine Million Euro mehr im Jahr „Oper unterwegs“ durchgesetzt, welches sie als seine Nachfolgerin fortgesetzt habe. Nach wie vor stehe sie dazu, dennoch betont sie, dass im Sommer 2012, als die Intendanz ihres Vorgänger endete, unterschriebene Verträge für Dezember 2013 auf dem Tisch des Palladiums lagen, die nicht verlängert worden seien. Auch im letzten Jahr, als das blaue Zelt abgemietet worden sei, habe sie sich nach allen Seiten vergewissert, und es gab keinen Grund erneut mehrere Millionen für eine Verlängerung des Mietvertrages zu investieren. Deshalb habe man das Geld in Beschleunigungsmaßnahmen für die Eröffnung der übernächsten Spielzeit gesteckt und sich darauf konzentriert. Nun wisse sie seit dem 20. Juli 2015, dass der Eröffnungstermin nicht gehalten werden könne. Sie unterstreicht, dass trotzdem viel geschaffen und viele Dinge fertiggestellt sowie denkmalgeschützt renoviert worden seien. Innerhalb der letzten drei Wochen habe sie nun mit allen Teams gesprochen und betont, dass man, bis auf eine Premiere, alle Premieren im Staatenhaus durchführen könnte. Sie habe mit den Planungen unter Vorbehalt begonnen und unterstreicht, dass das Staatenhaus geeignet sei, um ein Repertoire zu spielen. Es gebe dort den Vorteil von drei Standorten, so dass man sich eine Probebühne sparen könne. Außerdem könne man die Kinderoper dazu holen und die Wolkenburg ebenfalls dort integrieren. Sie zeigt sich zuversichtlich, dass man für diesen Standort einen attraktiven Spielplan auf die Beine stellen könne. Sollte es einen positiven Beschluss zur Anmietung des Staatenhauses geben, werde im September eine entsprechende Pressekonferenz stattfinden. Abschließend teilt sie mit, dass sie mit dem Generalmusikdirektor Roth und dem Vorstand des Gürzenich-Orchesters bereits vor Ort gewesen sei. Hierbei sei man sich darüber einig geworden, dass das Staatenhaus durchaus als Spielort geeignet sei.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister begrüßt, dass die Opernintendantin nun quasi einen Plan B im Hinterkopf habe und nun sehr schnell auf die aktuelle Situation reagiere. Sie hofft, dass die vorgeschlagene Lösung in einem bezahlbaren Rahmen bleibe und einer sorgfältigen Prüfung standhalten könne.

Herr Zarinfar berichtet, dass ihn am Donnerstag die Nachricht über die Insolvenz der Fa. Imtech erreicht habe. Danach seien sofort Maßnahmen vorgeschlagen worden, die man gestern juristisch besprochen habe. Heute habe er erfahren, dass sich kein Handwerker dieser Firma mehr auf der Baustelle aufhalte. Es müsse nun abgewartet werden, was der Insolvenzverwalter sagt. Außerdem seien Gutachter zur Beweissicherung auf der Baustelle unterwegs. Er führt weiter aus, dass er zu keinem Zeitpunkt eine Garantie für irgendwelche Termine abgegeben habe. Der Bauzeitenplan sei nach

HAOI eine Grundleistung der Bauleitung. Er habe damals angeregt einen Terminplan über Störungen aufzustellen, welches auch ein Zeugnis der Tatsache sei, dass man einen nicht ordentlich aufgestellten und belastbaren Terminplan gehabt habe. Er betont, dass er mit viel Leidenschaft und Herzblut im April dieses Projekt und auch die Verantwortung dafür übernommen habe. Den Vorschlag des 11 Punkteprogramms sehe er als Weg, das Projekt mit den Störungen, die bekannt geworden seien, in den Griff zu bekommen. Er hebt hervor, dass er niemals in der Junisitzung des Finanzausschusses erklärt hätte, dass die Termineinhaltung möglich wäre, wenn die Sprinkler-Firma nicht ihre Zusage gegeben hätte, die Anlage doch noch termingerecht zu installieren. Er unterstreicht, dass der Projektsteuerer den Terminplan, den die Planer und Bauleiter aufstellen, stichprobenartig überprüfen müsse. Außerdem weist er auf die Folgen hin, da man nun beispielsweise in Werkverträge eingreife. Dies werde juristisch begleitet. Näheres sei der Anlage zur vorliegenden Beschlussvorlage zu entnehmen. Zudem sei es aus seiner Sicht wichtig, den Mut zu haben, Entscheidungen für das Projekt zu treffen.

Beigeordneter Höing erklärt, dass es bis Dato eine Priorisierung in der Reihenfolge Oper, Schauspiel, Kinderoper, Opernterrassen gebe. Diese könne man gerne noch einmal überprüfen. Allerdings gebe es eine gewisse Logik in der Baustelle, die man dabei berücksichtigen müsse. Er schlägt vor, im nächsten Unterausschuss Kulturbauten darzustellen, wie man sich die Schrittfolge vorstelle.

Herr Tautkus stellt einen mündlichen Antrag zur Geschäftsordnung und schlägt vor, die verbleibenden Tagesordnungspunkte 1.5 bis 1.8 zunächst in den Fraktionen und dann in der nächsten regulären Sitzung am 25.08.2015 zu beraten und die jetzige Sitzung hiermit zu beenden.

Herr Dr. Wackerhagen weist auf die beiden gestellten Dringlichkeitsanträge der CDU-Fraktion und seiner Fraktion hin und hält eine entsprechende Beratung für notwendig. Aus seiner Sicht müsse die Verwaltung unter anderem so früh wie möglich beauftragt werden, neben dem Staatenhaus weitere Alternativen für das Interim zu prüfen. Er macht außerdem darauf aufmerksam, dass man ohne Kenntnis über den Leistungsumfang, den Termin/Endtermin und die Kosten, sich nicht in den Fraktionen beraten könne.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt fest, dass die Dringlichkeitsanträge auf der Tagesordnung seien und in der nächsten regulären Sitzung erneut aufgerufen werden können.

RM von Bülow schließt sich grundsätzlich dem Antrag an, hat jedoch noch einige Nachfragen zum Staatenhaus und möchte wissen, ob der Ausschuss damit einverstanden sei, dass die Fraktionen ihre Fragen dazu schriftlich bei der Verwaltung einreichen.

Herr Dr. Schäfer schließt sich dem an und fügt hinzu, dass man die soeben erst vorgelegten Anträge nicht sofort behandeln könne. Er erkenne zwar die Dringlichkeit der Sache, hält es allerdings für sinnvoll hierüber in der nächsten Sitzung ausführlich zu diskutieren.

RM Dr. Elster zeigt auf, dass der Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion und seiner Fraktion, der sich unter Punkt 1.8 auf der Tagesordnung befindet, wichtig für die Kalkulation und in engem Zusammenhang mit Punkt 1.6 zu sehen sei. Im Übrigen ist er mit dem Antrag der Fraktion Die Linken zur Geschäftsordnung einverstanden.

Herr Deutsch wundert sich über die Entscheidung, nicht über die Vorschläge zum Staatenhaus zu diskutieren und die Gelegenheit zu nutzen, Fragen zu stellen.

Herr Prof. Schäfer kann dies grundsätzlich nachvollziehen, gibt aber zu denken, dass man eine vernünftige, inhaltliche und perspektivische Debatte hierzu führen wolle. Er weist im Übrigen darauf hin, dass es sich bei der Verwaltungsvorlage zunächst um eine Mitteilung handele. Eine entsprechende Beschlussvorlage müsse noch vorgelegt werden.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach weist zu dem Dringlichkeitsantrag unter TOP 1.7 darauf hin, dass der vorgeschlagene Beschluss, bis zum nächsten Kulturausschuss am 25.08.2015 eine überarbeitete Terminierung bzgl. der Fertigstellung vorzulegen, nicht zu schaffen sei. Dies habe ihr soeben der Projektsteuerer mitgeteilt.

RM Stahlhofen beantragt bzw. bittet darum, die noch ausstehenden Tagesordnungspunkte in der kommenden Sitzung zu beraten, da ihre Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt fest, dass der Betriebsausschuss Bühnen, mit Ausnahme der FDP-Fraktion, mit dem Verfahren einverstanden sei. Sie bittet darum, dass die Fragen zum Staatenhaus frühzeitig, am besten bis zum kommenden Wochenende, eingereicht werden, damit die Verwaltung zügig darauf antworten könne.

Herr Dr. Wackerhagen bittet darum, auf der Tagesordnung entsprechenden Raum für die Diskussion zu lassen. Er sei dabei jedoch zu beachten, dass es noch viele andere wichtige Themen gebe.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister sagt dies zu und schlägt vor, hierüber kurzfristig zu entscheiden.

Der Betriebsausschuss Bühnen nimmt die Mitteilungen und Beantwortungen zur Kenntnis.

1.5 Weiteres Vorgehen Sanierung Bühnen Köln 2326/2015

Die Angelegenheit wird in der nächsten regulären Sitzung behandelt.

1.6 Sanierung der Bühnen Köln am Offenbachplatz Abschluss eines Mietvertrags für die Interimsspielstätte der Oper (Spielzeit 2015/16) Verlängerung des Interims bis 31.08.2016 2321/2015

Die Angelegenheit wird in der nächsten regulären Sitzung behandelt.

1.7 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Verzögerungen Opernbau" AN/1121/2015

Die Angelegenheit wird in der nächsten regulären Sitzung behandelt.

**1.8 Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend
"Sanierung Oper / Schauspielhaus"
AN/1125/2015**

Die Angelegenheit wird in der nächsten regulären Sitzung behandelt.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die Sitzung.

gez. Dr. Eva Bürgermeister

(Vorsitzende)

gez. Uwe Freitag

(Schriftführer)